

SEITE 2

## Wohnungseinbrüche

SEITE 4

## Minderjährige „Flüchtlinge“

SEITE 3



DER

AUSGABE 20

# ORDNUNGSRUF

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern



## IM GESPRÄCH MIT UDO PASTÖRS

Die Rede von Udo Pastörs zu diesem Thema können Sie sich hier ansehen:



## Köln, Hamburg, Stuttgart - Asylforderer missbrauchen Gastrecht

# SCHÜTZT UNSERE FRAUEN UND TÖCHTER!

vielen Wunden der Landesregierung und setzte sich wieder einmal bedingungslos für die Belange der deutschen Bürger ein.

**Mit der Einwandererflut kommen immer mehr Menschen mit anderen Vorstellungen und Werten nach Deutschland, was natürlich zu Spannungen führt.** Wer das Thema auch nur anspricht, wird mit der „Nazikeule“ bedroht. Aber zu viele Menschen haben bereits ihre ganz persönlichen Erfahrungen gemacht und wollen zum Thema Ausländerkriminalität nicht schweigen.

Währenddessen feiern sich hunderte Asylschnorrer in den sozialen Netzwerken und auf der Straße. Das Triumphgeheul der „Antanz-Horden“ ist nicht unberechtigt. Nicht nur, was die selbstzerstörerische „Willkommenskultur“ des Merkel-Regimes angeht. Mit ernsthaften Strafen haben die Gangster nicht zu rechnen. Schon jetzt ist klar: Selbst wenn einige überführt werden, muss ihnen die Justiz jeden konkreten Tatbestand individuell nachweisen. Das wird kaum möglich sein.

**Gegen solche Straftaten durch Asylanten gilt es, klar Stellung zu beziehen und aktiv zu werden. Diesen politischen Auftrag hat die NPD-Fraktion von den deutschen Menschen unseres Landes erhalten und nimmt ihn dementsprechend ernst. Ohne Wenn und Aber!**

Kurz nach den Übergriffen arabischer und nordafrikanischer Männer auf Frauen in der Silvesternacht beeilte sich die Lügenpresse klarzustellen, dass die Täter nicht zwangsweise der Flüchtlingswelle entstammen müssen, sondern sich schon länger in Deutschland aufhalten.

egal ist, wie lange einzelne Täter bereits hier leben, teilten Polizisten, die in der Silvesternacht eingesetzt waren und Personenkontrollen vornahmen, Folgendes mit: „Die meisten waren frisch eingereiste Asylbewerber“, sagten sie gegenüber welt.de.

In jeder Menschengruppe gibt es „gute“ und „schlechte“ Individuen. Daher geht es aus

Sicht der NPD-Fraktion nicht darum zu pauschalisieren, sondern die Stimme gegen die Regierung in diesem Land zu erheben, die bei Einwanderern inzwischen auf jegliche (!) Kontrolle verzichtet. Angela Merkel und ihre Regierung tragen die Schuld für die Schrecken der Silvesternacht!

**Von Asylanten verübte Straftaten sind auch in**

**Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen.** Daher reichte die NPD-Fraktion den Antrag „Köln, Hamburg, Stuttgart und viele andere Städte zeigen auf: Multikulti bedeutet Gewalt! Schützt unsere Frauen - Masseneinwanderung nach Deutschland unverzüglich stoppen! Kuschelpolitik beenden - kriminelle Ausländer sofort abschieben!“ ein. Damit legte sie den Finger in eine der

## OBERGRENZE BEIM FLÜCHTLINGSZUSTROM, NICHT BEIM BARGELD!

**Während die Bundesregierung beim Flüchtlingszustrom die Kontrolle völlig verloren hat und hierbei auch eine Obergrenze weiterhin ablehnt, will dieselbe Regierung beim Bargeldverkehr mit einer Obergrenze die Kontrolle über den Normalbürger weiter verschärfen.**

Den Plänen der Bundesregierung, in Deutschland eine Bargeldgrenze in Höhe von 5.000 Euro einzuführen, erteilte die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eine deutliche Absage.

Offenbar vor dem Hintergrund einer entsprechenden Forderung der SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung konkrete Planungen hinsichtlich der Einführung einer Obergrenze für Bargeldgeschäfte in Deutschland vorgenommen. Als vorgeschobene Begrün-

dung dient auch hier der Kampf gegen Geldwäsche, Schwarzgeldzahlungen und die Terrorismusbekämpfung, als ob sich Terroristen an irgendeine Grenze bei Bargeldzahlungen halten würden.

Langfristig soll es offenkundig darum gehen, Bargeld ganz aus dem Zahlungsverkehr zu ziehen, die absolute Kontrolle über alle Zahlungsvorgänge könnte am Ende dieser Entwicklung stehen. Was das Herz von Bankern, Finanzbeamten und Finanzministern vielleicht höher schlagen läßt, ist letzt-

lich die geplante vollständige Kontrolle der Bürger und damit ein schwerwiegender Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte sowie ein drastischer Verstoß gegen den Datenschutz. Eine solche Willkür gegenüber dem arbeitenden Volk ist mit der NPD-Fraktion nicht zu machen.

Die Rede von Stefan Köster zu diesem Thema können Sie sich hier ansehen:



## GERECHTIGKEIT SCHAFFEN: DEUTSCHE FAMILIEN ENTLASTEN!

**Wer Kinder hat, der weiß, wie schwer es in dieser Republik ist, diese zu rechtschaffenden und aufrechten Menschen zu erziehen.** Die heutige Zeit bietet den Jüngsten unseres Volkes oft ein fatales Bild. Kulturzerfall, Entwurzelung und der Verlust der eigenen Volkssidentität sind nur einige Auswüchse der kapitalistischen Ellenbogengesellschaft.

Aber auch ganz praktische Dinge lassen viele Eltern in unserem Land verzweifeln. Dazu gehören, neben dem geringen Lohnniveau, auch die stetig zunehmenden Kosten für die Kinderbetreuung. Kitagebühren von mehreren hundert Euro sind in Mecklenburg-Vorpommern eher die Regel als die Ausnahme.

Kosten, die sich viele Menschen in unserem Land kaum noch leisten können. Viele Erzieherinnen sind zudem unterbezahlt und mit Bürokratie belastet. Aber auch die steigende Anzahl an sogenannten „Migrantenkindern“ in deutschen Krippen- und Kitaeinrichtungen führt zu erheblichen Problemen in den Einrichtungen.

Kinder aus sogenannten „Flüchtlingsfamilien“ besuchen im übrigen die Erziehungseinrichtungen kostenlos. Die Kinder von Fremden sind dem „Landesvater“ Erwin Sellering (SPD) rund 20 Millionen Euro wert. Doch warum müssen deutsche Familien für Kita, Krippe und Hort bezahlen?

Um diesem Umstand entgegenzuwirken, stellte die NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern den Antrag, künftig Krippen-, Kita- und Hortplätze kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Denn es ist absolut unverständlich, dass schulische, berufsschulische und hochschulische Bildung kostenlos angeboten werden, während Eltern für frühkindliche Erziehung bezahlen müssen.

Zwar geben die Vertreter der Einheitsparteien immer wieder Lippenbekenntnisse von sich, in denen sie von kostenlosen Kitas fabulieren, aber gehandelt hat bis heute niemand. Deutsche Kinder sind unsere Zukunft, doch scheinen die etablierten Blockparteien diese für das eigene Volk abzulehnen.



Die Rede von David Petereit zu diesem Thema können Sie sich hier ansehen:



## WOHNUNGSEINBRUCH MUSS ALS VERBRECHEN BESTRAFT WERDEN

Die Rede von Michael Andrejewski zu diesem Thema können Sie sich hier ansehen:



**Im deutschen Strafrecht wird zwischen Verbrechen und Vergehen unterschieden. Letztere gelten als Bagatelldaten, die man nicht sonderlich streng ahnden muß. Die Verfahren können auch wegen Geringfügigkeit oder gegen Geldauflage eingestellt werden. Kleinkram eben. Und in diese Kategorie fällt leider immer noch der Wohnungseinbruch.**

Für die Betroffenen sieht das ganz anders aus. Fremde dringen in ihren ganz persönlichen Lebensbereich ein, verwüsten und durchwühlen die Wohnung und nehmen ihnen jedes Sicherheitsgefühl. Fast noch schlimmer als der materielle Schaden sind oft die seelischen Verletzungen, die diese Art von Kriminalität mit sich bringt. Deshalb hat die NPD in der Landtagssitzung vom April 2016 gefordert, dass der Wohnungseinbruch in Zukunft als Verbrechen, mit einer Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis, ohne die Möglichkeit einer Einstellung des Verfahrens einzustufen ist.

Es ist höchste Zeit für solche Maßnahmen. Denn für das Jahr 2015 weist die offizielle Kriminalstatistik 167.136 Wohnungseinbrüche bundesweit aus. Das sind 9,9 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Von Einzeltaten kann längst nicht mehr gesprochen werden. Deutschland wird systematisch ausgeplündert, und zwar in erster Linie

von ausländischen Verbrecherbanden.

Klartext redete zu diesem Thema Andre Schulz vom Bund Deutscher Kriminalbeamter. In der Bild-Zeitung vom 31.03.2016 wird er wie folgt zitiert:

„Deutschland ist für Einbrecher ein Paradies. Wir sind ein reiches Land inmitten eines grenzenlosen Europa. Das weckt Begehrlichkeiten bei Einbrecherbanden.“

Des weiteren heißt es dort:

„Professionelle Banden aus Südosteuropa gehen regelrecht auf Raubzug in Deutschland, nehmen sich ganze Landstriche und Städte auf einmal vor.“

„Dahinter steckt in vielen Fällen die georgische Mafia, die in Georgien gezielt Verbrecher anspricht und nach Deutschland schickt. Hier beantragen sie – ohne Aussicht auf Erfolg – Asyl und brechen in den 8 bis 12 Monaten, in denen sie im Asylverfahren stecken, ein. Viele Täter stammen auch aus Serbien, aus Nordafrika, aber sehr oft handelt es sich bei den Tätern auch um Roma-Clans aus Albanien und dem Westbalkan.“

Die politisch Verantwortlichen haben durch die faktischen Grenzabschaffungen den kriminellen Banden Tür und Tor geöffnet. Sogar das Asylverfahren dürfen sie für sich nutzen. Asylheime dienen ihnen als Stützpunkte. Und werden sie einmal erwischt, dann wirft man ihnen nur ein Vergehen vor.

**Damit muß Schluß sein. Einbrecher sind Verbrecher. Das muß sich in der Bestrafung widerspiegeln.**

## Die Herrschenden ruinieren unsere Polizei!



**Der Personalabbau bei der Landespolizei, im Jahr 2000 von der damaligen rot-roten Landesregierung initiiert und später unter Rot-schwarz fortgesetzt, hat allein zwischen 2008 und 2013 rund 1.000 Stellen gekostet.**

Hinzu kommt, dass bis zum Jahr 2020 an die 1.100 Beamte in den Ruhestand treten werden. Die NPD-Fraktion hat bereits rechtzeitig gewarnt und dazu aufgefordert, die Warnrufe von Fachleuten ernstzunehmen.

- So forderte die NPD schon im Juni 2009, die Pläne zur Strukturreform der Polizeiorganisation solange auszusetzen, bis zweifelsfrei ermittelt worden ist, welche Auswirkungen durch diese konkret hervorgerufen werden.

- Mit einer weiteren Initiative beantragte die Nationale Opposition, die Polizeipräsenz im ländlichen Raum zu erhalten. Damit einher ging die

Forderung, alle seit dem 1. Januar 2010 freigewordenen Stellen und künftig freiwerdenden Stellen bei der Landespolizei umgehend neuzubetzen.

- Im Oktober 2014 dann der nächste Anlauf. Die Landesregierung sollte aus der Evaluierung der Polizeistrukturreform richtungweisende Schlüsse ziehen und den zu erfüllenden Aufgaben eine ausreichende Personaldecke zur Verfügung stellen. Außerdem sollte sich das Land für eine Verbesserung des behördlichen Gesundheits-Managements stark machen.

Der Schweriner Weg, also die Ablehnung aller NPD-Initiativen durch die Blockparteien, sorgte für die Abweisung der genann-

ten Anträge. Was bleibt, ist ein steter Rückgang des Sicherheits- und Ordnungsgedankens, der sich bei vielen Bürgern nicht zuletzt auch auf die Kriminalitätsentwicklung im grenznahen Raum sowie auf die enorme Zunahme der Asylikriminalität gründet. Ein fortgesetzter Personalabbau bei der Landespolizei ist unter diesen Voraussetzungen als höchst verantwortungslos einzustufen.

**Der Einsatz für eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Landespolizei bleibt deshalb primäre Aufgabe der Nationalen Opposition in Mecklenburg-Vorpommern.**

## Im Gespräch mit dem Vorsitzenden der NPD-Landtagsfraktion, Udo Pastörs

# „Unser Land braucht einen radikalen Wechsel in der Sozial- und Wirtschaftspolitik“

**Die NPD soll auch aufgrund der Arbeit der Landtagsfraktion verboten werden. Wie bewerten Sie das Verbotverfahren?**

Udo Pastörs: Das NPD-Verbotverfahren ist Ausdruck von Hilflosigkeit der politischen Klasse gegenüber einer nicht käuflichen Oppositionspartei. Besonders die Landtagsfraktion unserer Partei in Schwerin ist den Regierenden ein Dorn im Auge. Denn wir sind es, die Korruption, Vetternwirtschaft und Steuergeldverschwendung in die Öffentlichkeit zerren. Aber nicht nur dies! Unsere Arbeit, Gesetzentwürfe sowie sonstige Anträge, in denen das Wohl der einheimischen Bevölkerung vor dem der Fremden deutlich zutage tritt, sollen verhindert werden. Nach Lage der Dinge scheitert das Verbotverfahren, weil die Feinde der Freiheit keine Beweise für ein verfassungsfeindliches Vorgehen unserer Partei bei Gericht vorlegen konnten.

**Wie bewerten Sie die Entwicklung des Landes MV?**

Udo Pastörs: Mecklenburg-Vorpommern wird abgewickelt! Die Landesregierung ist unfähig, die Kinder- und Altersarmut sowie die Langzeitarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Der Zusammenbruch der Wertindustrie sowie jüngst der Verkauf des Wismarer Stammwerks von German Pellets an

dergeldgeber aufzutreten, sondern als Teilhaber eine Mitbestimmung zu erlangen, um eine langfristige Stabilisierung dieses wichtigen Industriezweiges zu garantieren. Hieraus ist abzuleiten, daß die Zukunft unseres Landes in den Händen der Versagerparteien folgende sein wird:

1. Weiteres Voranschreiten der Vergreisung, weil keine Wirtschaftsperspektive für junge Familien geschaffen wird.
2. Mit dem Hereinholen Zehntausender sogenannter Flüchtlinge wird eine Lohnentwicklung nach unten festgeschrieben, denn die Fremden werden im Billiglohnbereich zum Nachteil der einheimischen Bevölkerung bevorzugt eingestellt werden.
3. Die Verschuldung der Städte und Gemeinden wird rasant weiter voranschreiten und Steuererhöhungen werden unausweichlich die Folge sein.

Fazit: Unser Land braucht einen radikalen Wechsel in der Sozial- und Wirtschaftspolitik!

**Welchen Stellenwert hat Ihre Fraktion im Landtag? Warum ist sie wichtig?**

Udo Pastörs: Unser Stellenwert ist ein recht hoher in Anbetracht der Tatsache, daß wir



mehr zehn Jahren. Der Kampf für eine politische Veränderung ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu führen, im Parlament, aber auch auf der Straße. Wir müssen, und darin sehe ich auch meine Aufgabe, unsere Landsleute ermutigen, politischen Widerstand zu leisten, gegen eine soziale Enteignung, die jetzt schon zu einer Verelendung breiter Bevölkerungsschichten auch hier in MV

genfahne „Flüchtlingshilfe“ kasieren Helferorganisationen und Privatleute kräftig ab! Das jüngste Beispiel hierfür ist der Landtagsabgeordnete und SPD-Genosse Jörg Heydorn, dessen Firma aus der Steuerkassenmonatlich 125.000,00 Euro abkasiertere für die Bereitstellung von Unterkünften, in denen nicht ein einziger sogenannter Flüchtling beherbergt wurde.

Das Gebot der Stunde ist ein Ausländerstopp! Sich unberechtigt in unserem Land aufhaltende Asylanten sowie strafällig gewordene Ausländer sind sofort abzuschleppen! Aber auch der aggressive Islamismus, das Errichten von Moscheen sowie der Ruf des Muezzins lassen die Alarmglocken bei mir schrillen! Auch hiergegen muß konsequent vorgegangen werden, um einer Überflutung durch kulturfremde Völkerscharen wirksam entgegenzutreten und deren Dominanz einzudämmen. Hierfür steht ohne Wenn und Aber die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag.

**Brauchen wir die Schutzsuchenden nicht als Fachkräfte für unser Land?**

Udo Pastörs: Es sind in erster Linie keine Schutzsuchenden, die in unser Land strömen, sondern in überwiegender Zahl Wirtschaftsflüchtlinge und Sozialschmarotzer. Denjenigen, die wirklich in Not sind, kann und soll geholfen werden, um sie hiernach wieder in ihre Heimat-

länder zurückzuschicken. Zu den ausländischen Fachkräften ist nur soviel zu sagen, daß die überwiegende Masse dieser Menschen über gar keine Qualifikation verfügt, um hier in unserem Land effektiv eingesetzt werden zu können.

Wir brauchen diese Fremden auch gar nicht! Was wir brauchen, ist eine Qualifikationsoffensive für deutsche junge Menschen. Weiterhin brauchen wir Rahmenbedingungen, die es unseren Landsleuten ermöglichen Familien zu gründen und eigene Kinder in die Welt zu setzen. Dies ist möglich, wenn die für die Ausländer eingeplanten Milliardenbeträge dem eigenen Volk zugute kommen. Es muß Schluß gemacht werden mit einer asozialen Politik, die Fremde bevorzugt und das eigene Volk vernachlässigt!

### WIR TUN WAS FÜR VOLK UND HEIMAT!

Obwohl die NPD-Fraktion mit fünf Abgeordneten die kleinste Fraktion im Schweriner Landtag ist, kann sich ihre Arbeitsleistung im Vergleich mit den anderen (Schein-)Oppositionsparteien sehen lassen. Daran konnte auch die Landtagspräsidentin Bretschneider (SPD) mit ihrer fragwürdigen Sitzungsführung nichts ändern.



Udo Pastörs, Stefan Köster, David Petereit, Tino Müller und Michael Andrejewski (v.l.n.r.)

einen ausländischen Finanzinvestor ist nur die Spitze des Eisbergs wirtschaftspolitischer Unfähigkeit. Das Regierungsmotto lautet immer wieder: Windige Investoren legen der Landesregierung ein Geschäftskonzept vor, Fördergelder fließen in Millionenhöhe, die Unternehmungen werden an die Wand gefahren und sogenannte Heuschrecken kaufen dann für „Kleingeld“ diese Unternehmungen auf. Die Dummen sind die Arbeitnehmer vor Ort und der Steuerzahler. Die NPD-Fraktion hat hierzu immer wieder eine Verschärfung der Fördergeldbestimmungen eingefordert und speziell bei der Wertindustrie die Landesregierung aufgefordert, nicht als För-

nur eine kleine Opposition im Landtag von MV darstellen. Welchen Wert unsere Fraktion im Landtag hat, weiß unsere Wählerschaft zu schätzen. Wir sind die Tabubrecher, wir trauen uns auszusprechen, was die Meisten denken. Insofern ist es wichtig, daß bei den Landtagswahlen im September wir als bewährte Opposition weiterhin im Parlament vertreten sein müssen.

**Was sind die Beweggründe, für die NPD als Fraktionsvorsitzender tätig zu sein?**

Udo Pastörs: Die Tat entscheidet! Wer Veränderung will, muß sich bewegen! Das tue ich als Fraktionsvorsitzender seit nun-

geführt hat. Ergänzend hierzu haben wir in der Vergangenheit des öfteren das Landesverfassungsgericht bemühen müssen, um Versuche zurückzuweisen, uns in unseren demokratischen Rechten zu beschneiden.

**Innerhalb von nur zwei Jahren hat sich der Ausländeranteil in MV verdoppelt. Wie bewerten Sie diese Entwicklung und welche Folgen hat diese für unsere Heimat?**

Udo Pastörs: Die Ausländerfrage ist eine Schicksalsfrage. Die Tatsache, daß sich allein in MV in nur zwei Jahren die Zahl der Ausländer verdoppelt hat, ist ein Alarmsignal. Unter der Lü-

Abgeordnete	NPD (5)	Grüne (7)	Linke (14)
Anträge	152	257	335
Änderungsanträge	182	212	231
Kleine Anfragen	1.250	674	1.301
Große Anfragen	2	0	1
Gesetzesentwürfe	9	18	12

# Das Märchen von den armen „minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen“

**Gerne drückt die Überfremdungslobby auf die Tränendrüsen. Mit der Mitleidsmaske soll jede Kritik an dem massenhaften Zuzug von Fremden unterdrückt werden. Zu diesem Zweck werden zu Herzen gehende Geschichten erfunden, die in Wahrheit jedoch von vorne bis hinten erlogen sind.**

Eine bedeutende Rolle in dieser Kampagne spielen dabei die sogenannten „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“. Verzweifelte Familien, so mag uns die Lügenpresse glaubhaft machen, würden in Bürgerkriegsgebieten wie Syrien, den sicheren Tod vor Augen, wenigstens ein Kind mit den letzten Groschen ausstatten, das dann mütterseelenallein den gefährlichen Weg nach Deutschland anträte. Selbst Neunjährige schaffen es angeblich, sich von Afghanistan oder Schwarzafrika ohne Hilfe zu uns durchzuschlagen.

Die Wirklichkeit sieht natürlich anders aus, weshalb die NPD-Fraktion im Februar den

Antrag „Den Familiennachzug unbegleiteter minderjähriger Ausländer stoppen“ einreichte. Der Abgeordnete Michael Andrejewski wies in seinem Redebeitrag darauf hin, dass diese Zuwanderer in vielen Fällen gar nicht minderjährig waren, sondern sich in betrügerischer Weise jünger gemacht hatten. Außerdem konnte von „unbegleitet“ keine Rede sein.

Vielmehr hat sich bei vermögenden Familienclassen in vielen Ländern dieser Welt ein Geschäftsmodell etabliert, das auf die Dummheit linker BRD-Gutmenschen abzielt. Die Großfamilie zahlt einer Schlepperbande bis zu 10.000 Dollar, damit die den „Minderjährigen“ nach

Deutschland bringt. Nachdem er aufgenommen wurde und sich in Deutschland eingelebt hat, kommt der Clan nach und pocht auf Familienzusammenführung. Alle beantragen Sozialleistungen. Allein durch das Kindergeld haben sie den Schlepperlohn in kurzer Zeit wieder hereinbekommen und sind in der Gewinnzone.

Nicht selten ergibt sich auch noch ein Zusatzverdienst durch kriminelle Aktivitäten. Im Januar 2016 hatten sich die deutschen Jugendämter um 67.194 dieser „unbegleiteten Minderjährigen“ zu kümmern. Jeder kostet den Steuerzahler bis zu 60.000 Euro im Jahr. Sie genießen in vieler Hinsicht eine Vorzugsbe-



handlung. Anstatt in Massenunterkünften werden sie sofort in Wohnungen untergebracht. Obwohl viele von ihnen aus Staaten wie Marokko und Algerien kommen, wo weder Krieg noch Bürgerkrieg herrschen,

kam es im Jahr 2015 zu keiner einzigen Abschiebung. Nicht einmal bei Schwerkriminellen. Der Trick funktioniert - zumindest solange, wie die etablierten Parteien an der Macht sind.

Durch eine gemeinsame Beschulung behinderter und nichtbehinderter Kinder leiden die Unterrichtsqualität und die Lernergebnisse, darum spricht sich die NPD-Fraktion gegen die gleichmacherische Inklusion an unseren Schulen aus!

## KRANKENKASSEN TREIBEN SELBSTÄNDIGE IN DEN RUIN!

Die Rede von Michael Andrejewski zu diesem Thema können Sie sich hier ansehen:

Selbständige Unternehmer haben, gerade in der Gründungsphase, oftmals ein sehr geringes Einkommen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten und zugleich das Unternehmen weiter ausbauen müssen. Von dem geringen Einkommen sollte allerdings auch die Absicherung gegen Krankheit bezahlt werden.

Die Krankenkassenbeiträge der freiwillig Versicherten werden aber nicht nach dem tatsächlichen Einkommen, sondern „fiktiv“ berechnet. Gerade in

der Gründungsphase ist das für viele Selbständige verheerend.

Die NPD-Fraktion forderte den Landtag Mecklenburg-Vorpommern entsprechend auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, diese gängige Praxis zu ändern. Die Blockparteien in Schwerin lehnten diesen Antrag zu Lasten vieler kleiner Unternehmen ab und sorgen damit weiterhin dafür, dass viele Bürger in unserem Land ihre Geschäfte aufgeben müssen oder nicht mehr in der Lage sind sich gegen Krankheit abzusichern.

## NPD-Fraktion besucht „Flüchtlingsunterkunft“: ASYLBETRUG IST OFFENSICHTLICH!

Im Herbst 2015 besuchten die Abgeordneten der NPD-Landtagsfraktion die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Nostorf/Horst bei Boizenburg. Begleitet wurden sie auch von Politikern anderer Parteien, die ihrerseits erst aufgrund des NPD-Interesses aufgeschreckt worden waren.

Schon im Vorfeld hatte es juristischen Ärger gegeben. Innenminister Lorenz Caffier (CDU) wollte den Zugang zur Einrichtung verwehren. Erst eine erfolgreiche Klage vor dem Landesverfassungsgericht ebnete dem Besuchs- und Informationsrecht der NPD-Abgeordneten den Weg.

**Falsche Syrer**  
Vor Ort fiel die absolute Naivität der Lagerleitung gegenüber den „Flüchtlings“ auf. Wenn dort ein „Flüchtling“ erzählt, er käme aus Syrien, dann wird das geglaubt und der Betreffende als „Syrer“ registriert. Es muss lediglich „phonetisch“ klar werden, was er meint; optische Kri-



terien werden pauschal außer acht gelassen. Auf diese Weise gehen sogar Schwarzafrikaner oder Ostasiaten dank deutscher Behördengutgläubigkeit als „Syrer“ durch.

Einen seltsamen Anblick bot auch die Kleiderkammer. Dort lagerten lauter neu eingekaufte, originalverpackte Sachen. Gebrauchtes fand sich allenfalls vereinzelt an. Dabei sollen doch von gutgläubigen Bürgern massenhaft gebrauchte Textilien gespendet worden sein. Entweder ist die Spendenbereitschaft der Bevölkerung eine

Legende, oder die armen, benachteiligten „Flüchtlinge“ akzeptieren nur Neuware.

Überrascht hat die Auskunft, dass offenbar zahlreiche Asylbewerber die Einrichtung nach ihrer Registrierung auf eigene Faust und mit unbekanntem Ziel verlassen. Was so viel heißt, dass Kuschelkurs und offene Grenzen auch weiterhin dem Asylmissbrauch in die Hände spielen, wenn dem Treiben der politisch Verantwortlichen in Schwerin nicht endlich ein Riegel vorgeschoben wird.

### INFO-GUTSCHEIN

**NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern**  
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

0385 - 5251322  
info@npd-fraktion-mv.de  
0385 - 5251321  
www.facebook.com/NPDFraktionMuP  
www.npd-fraktion-mv.de

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.  Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name, Vorname  Jahrgang

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Post

Informieren Sie sich aus erster Hand über die NPD-Fraktion und besuchen Sie unseren Fraktionskanal auf Youtube, mit vielen interessanten Videos:

[video.npd-fraktion-mv.de](http://video.npd-fraktion-mv.de)